

Pressemitteilung 21/2019

Halle (Saale), den 2. Oktober 2019

Dank robuster Binnennachfrage fallen Belastungen durch die Industrierezession für Ostdeutschland geringer aus als für den Westen – Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019 und amtlicher Länderdaten für die ostdeutsche Wirtschaft

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose konstatiert in ihrem Herbstgutachten 2019, dass sich die Konjunktur in Deutschland im laufenden Jahr weiter abgekühlt hat. Maßgeblich für die konjunkturelle Schwäche ist die Rezession in der Industrie. Von dieser ist auch die Wirtschaft in Ostdeutschland betroffen.

Das zeigen Monatsdaten für die Warenausfuhren auf Länderebene und die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands im ersten Quartal. Allerdings hat das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe mit 16% einen geringeren Anteil an der Wertschöpfung als in Gesamtdeutschland (23%), und die zu einem großen Teil auf Dienstleistungen ausgerichtete Binnennachfrage spielt eine wichtigere Rolle. Sie dürfte weiter robust bleiben, auch weil gerade in Ostdeutschland die verfügbaren Einkommen zuletzt deutlich stärker expandiert haben als im Westen: Im Jahr 2018 lagen sie im Osten um 9,8% über ihrem Niveau im Jahr 2014, im Westen um 7,2%. Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erklärt: „Ein Grund dafür ist die bislang besonders günstige Arbeitsmarktentwicklung, zudem steigen die Renten im Osten rascher als im Westen.“

All das erklärt, warum die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland im ersten Halbjahr stärker expandiert hat als in Westdeutschland: Gegenüber dem ersten Halbjahr 2018 lag sie nach Angaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ um 0,8% über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, im Westen nur um 0,4%. Den Unterschied machte dabei die mit 1,9% recht kräftige Expansion in der Dienstleistungsmetropole Berlin aus. Im Gesamtjahr 2019 dürfte die Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands mit 1% deutlich stärker als in Westdeutschland zulegen. Im Jahr 2020 wird der Zuwachs mit 1,3% wohl nur noch leicht über dem westdeutschen liegen. Die Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit geht von 6,9% im Jahr 2018 auf 6,5% im Jahr 2019 und 6,3% im Jahr 2020 zurück.

Sperrfrist:
2. Oktober 2019, 11:00 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Ostdeutschland, Konjunktur, Prognose, Produktivität, Konvergenz, Ost-West-Vergleich

Aktueller Bezug
halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 95 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.